



Aufnahmeantrag Mitgliedschaft im BTS Bahntechnik Sachsen e.V.

Ich möchte dem BTS Bahntechnik Sachsen e.V. beitreten und bestätige dies mit meinen persönlichen Daten und meiner Unterschrift. Mit dem Aufnahmeantrag erkenne ich die Vereinssatzung (Anlage 1) sowie die Beitragsordnung für 2018 (Anlage 2) und 2019 (Anlage 3) an.

Mitgliedsdaten Pflichtangaben:

Name (nur bei natürlicher Person):		Vorname (nur bei natürlicher Person):	
Unternehmen/ Institution/ Professur:			
Adresse:			
Postleitzahl:		Ort:	
E-Mail:			
Telefon:			
Vertretungsberechtigter:			
Ansprechpartner für BTS:			
<input type="checkbox"/> ≤ 10 Mitarbeiter		<input type="checkbox"/> ≤ 50 Mitarbeiter	
<input type="checkbox"/> ≤ 250 Mitarbeiter		<input type="checkbox"/> ≤ 150 Mitarbeiter	
		<input type="checkbox"/> >250 Mitarbeiter	

Weitere Informationen werden im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit für unsere Mitglieder separat und auf freiwilliger Basis abgefragt.

Zustimmungserklärung für den BTS-Newsletter und -Einladungsversand

Ich möchte durch den BTS Bahntechnik Sachsen e.V. über dessen Aktivitäten, Dienstleistungen, Veranstaltungen und sonstige Neuigkeiten, auch im Rahmen des Clusterprojekts BTS Rail Saxony, per E-Mail informiert werden und stimme daher der Verwendung meiner Daten durch den BTS Bahntechnik Sachsen e.V. insoweit zu. Meine Einwilligung kann ich jederzeit entweder über [Newsletter abbestellen](https://bit.ly/2JWBXBj) (https://bit.ly/2JWBXBj) oder [IZBE-Bahnpresse abbestellen](https://bit.ly/2JBBNQp) (https://bit.ly/2JBBNQp) oder durch formlose Mitteilung an die BTS Rail Saxony – Geschäftsstelle, Kramergasse 4, 01067 Dresden, Tel.: +49 (0) 351 497 615 989, Fax: +49 (0) 351 497 615 99, E-Mail: info@bts-sachsen.de mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Die aktuelle Datenschutzerklärung kann jederzeit unter: www.bts-sachsen.de/datenschutzerklaerung abgerufen werden.

Datenschutzinformation

Ich habe die beigefügte Datenschutzinformation (Anlage 4), die gemäß Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) von BTS Bahntechnik Sachsen e.V. erstellt wurde, gelesen und zur Kenntnis genommen. Die Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten durch den BTS Bahntechnik Sachsen e. V. erfolgt im Rahmen der Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und nur soweit dies zur Erfüllung des Satzungszwecks erforderlich ist.

Mitglieder werben Mitglieder

Hiermit bestätige ich, dass unser Unternehmen durch ein BTS-Mitglied für eine Mitgliedschaft geworben wurde. Damit das Mitglied ausgeschriebene Rabatte für die Aktion „Mitglieder werden Mitglieder“ erhält, fülle ich folgende Pflichtangaben aus:

BTS-Mitglied, dass uns geworben hat (Name der Organisation)

Vertreter der Organisation (Vor- und Nachname)

Emailadresse des Vertreters der Organisation (wird nur zum Zwecke der Rabattaktion genutzt)

Mit meiner Unterschrift bestätige ich die Richtigkeit der gemachten Angaben und akzeptiere die dem Antrag beigefügten Anlagen. Ich verpflichte mich, dem Vereinsvorstand Änderung bezüglich meiner Mitgliedsdaten unverzüglich mitzuteilen.

Ort, Datum

Unterschrift Mitglied

Ort, Datum

Unterschrift BTS-Vorstand

**Satzung des
BTS Bahntechnik Sachsen e.V.**



Stand: 16. November 2017

§ 1

Name, Sitz, Geschäftsjahr und Gerichtsstand

- (1) Der Verein trägt den Namen „BTS Bahntechnik Sachsen e.V.“.
- (2) Sitz des Vereins ist Dresden.
- (3) Der Verein ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht Dresden einzutragen.
- (4) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Für das Jahr der Gründung und ggf. das Jahr der Auflösung wird ein Rumpfwirtschaftsjahr gebildet.
- (5) Gerichtsstand ist Dresden.

§ 2

Zweck und Aufgaben

- (1) Zweck des Vereins ist die Förderung der Wirtschaft und der Innovationsfähigkeit im Bereich Bahntechnik, vornehmlich im Landesgebiet Sachsen, darüber hinaus aber auch im gesamten Bundesgebiet. Ziel des Vereins ist es, die überregionale Wahrnehmung des Bahntechnikstandorts Sachsen zu verbessern, um u.a. Neuansiedlungen zu generieren und die frühzeitige Integration in europäische Entwicklungen zu ermöglichen.
- (2) Der Zweck des Vereins wird insbesondere verwirklicht durch:
 - a) Aufbau und Ausbau des Industrienetzwerkes zwischen Mitgliedsunternehmen und Universitäten, Hochschulen sowie wissenschaftlichen Einrichtungen zur Forcierung des Technologietransfers und der Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung;
 - b) Wissenstransfer für verkehrs- und wirtschaftspolitische Entscheidungen vorrangig im Freistaat Sachsen;
 - c) die Koordinierung und Vertretung der gemeinsamen Interessen;
 - d) Standortmarketing und Marketing für die Produkte und Leistungen der sächsischen Bahnindustrie;
 - e) Innovationsentwicklung, Unterstützung und Initiierung branchenübergreifender Innovationsprozesse;
 - f) Erschließen von Marktregionen;
 - g) Projektinitiierung, sowie Beratung bei der Projektdurchführung und -finanzierung;
 - h) Ausrichten von Fachveranstaltungen und Workshops;

- i) Zusammenarbeit mit überregionalen und internationalen Bahnclustern, vorrangig mit dem Zweck der Markterschließung, der Verbesserung des Zugangs zu EU-Fördermitteln sowie der gemeinsamen Projektbearbeitung;
 - j) Vermarktungsunterstützung und Kundengewinnung für innovative Produkte und Dienstleistungen;
 - k) Fachkräfte- und Personalarbeit mit dem Schwerpunkt Gewinnung und Vermittlung von Fachkräften.
- (3) Eine wirtschaftliche Betätigung des Vereins erfolgt nicht.

§ 3

Geschäftsstelle

- (1) Der Vorstand richtet zur Umsetzung des Vereinszwecks eine Geschäftsstelle mit Sitz in Sachsen ein. Zum Betrieb der Geschäftsstelle kann er sich eines Dritten bedienen.
- (2) Für die Arbeit der Geschäftsstelle wird im Voraus eine Jahresplanung erstellt, die durch den Vorstand beschlossen wird.

§ 4

Mitgliedschaft

- (1) Mitglieder des Vereins können alle natürlichen Personen und juristischen Personen des privaten und des öffentlichen Rechts, sowie andere Unternehmen, Körperschaften und Einrichtungen der Bahntechnikbranche werden.
- (2) Zu korrespondierenden Mitgliedern können Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben und der Wissenschaft berufen werden, die durch ihre Leistungen Wesentliches zur Zielsetzung des Vereins beizutragen haben.
- (3) Der Vorstand kann wechselseitige Mitgliedschaften unter Aufhebung gegenseitiger Beitragszahlungen mit anderen Vereinen und Verbänden eingehen, wenn ein strategisches Interesse an der Zusammenarbeit besteht.
- (4) Zu Ehrenmitgliedern können Persönlichkeiten ernannt werden, die sich in hervorragender Weise um den Vereinszweck verdient gemacht haben.
- (5) Die Mitgliedschaft ist schriftlich beim Vorstand zu beantragen. Über den Antrag beschließt der

Vorstand innerhalb von zwei Monaten. Auf Verlangen ist der Antragsteller verpflichtet nachzuweisen, dass die Voraussetzungen der Mitgliedschaft nach § 4 Absatz 1 vorliegen. Die Mitgliedschaft wird durch schriftliche Bestätigung des Vorstands über die Aufnahme erworben.

- (6) Ein Anspruch auf Mitgliedschaft besteht nicht.
- (7) Die Mitgliedschaft ist freiwillig und nur gemäß § 4 Absatz 8 übertragbar.
- (8) Die Mitgliedschaft fusionierender Mitglieder wird auf den Rechtsnachfolger übertragen.
- (9) Die Mitgliedschaft endet durch Kündigung, Ausschluss oder Auflösung/Liquidation des Mitgliedes nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze. Ferner endet die Mitgliedschaft, wenn die Voraussetzungen der Mitgliedschaft nach § 4 Absatz 1 nicht mehr gegeben sind. Bei Fusion eines Mitgliedes mit einem Nichtmitglied endet die Mitgliedschaft zum Ende des Kalenderjahres, in dem die Fusion wirksam wird, wenn die durch die Fusion entstehende Körperschaft unverzüglich nach Wirksamwerden der Fusion schriftlich gegenüber dem Vorstand erklärt, nicht mehr Vereinsmitglied sein zu wollen. Ist der Rechtsnachfolger einer Fusion mit einem Mitglied keine Körperschaft i.S.v. § 4 Absatz 1, endet die Mitgliedschaft zu dem Zeitpunkt, zu dem die Fusion wirksam wird.
- (10) Die Mitgliedschaft kann unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum 31.12. des Jahres gekündigt werden. Beschließt die Mitgliederversammlung, den Mitgliedsbeitrag für das Geschäftsjahr um mindestens 15 % zu erhöhen, kann die Mitgliedschaft innerhalb eines Monats ab dem Tag des Beschlusses mit einer Frist von 3 Monaten zum Monatsende gekündigt werden.
- (11) Kündigungen sind schriftlich gegenüber dem Vorstand zu erklären.
- (12) Ein Mitglied kann aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung ausgeschlossen werden. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn:
 - a) das Mitglied zumindest grob fahrlässig gegen die Interessen des Vereins, die Satzung oder gegen die Beschlüsse eines Vereinsorgans verstoßen hat;
 - b) das Mitglied trotz Mahnung zwei Monate nach Fälligkeit mit der Beitragszahlung nach § 6 im Rückstand ist.
- (13) Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand mit einfacher Mehrheit. Der Ausschließungsantrag ist dem Mitglied mindestens vier Wochen vor der Beschlussfassung mit Begründung und Aufforderung zur schriftlichen Stellungnahme zu übersenden. Die Stellungnahme muss dem Vorstand spätestens zwei Wochen vor der Beschlussfassung zugehen und ist der Mitgliederversammlung zur Kenntnis zu bringen. Den Beschluss über den Ausschluss hat der Vorstand

dem Mitglied unverzüglich zuzustellen und wird mit dem Zugang wirksam.

- (14) Bis zur Beendigung der Mitgliedschaft bestehen sämtliche Pflichten fort. Bei Beendigung der Mitgliedschaft gemäß § 4 Absatz 9 Satz 2,3 und 4 besteht die Beitragspflicht bis zum Ende des laufenden Geschäftsjahres. Bei Kündigung der Mitgliedschaft gemäß § 4 Absatz 10 Satz 2 besteht die Beitragspflicht bis zur Beendigung der Mitgliedschaft (pro rata temporis).
- (15) Ausscheidenden Mitgliedern stehen keine vermögensrechtlichen Ansprüche gegenüber dem Verein zu.

§ 5

Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Alle Mitglieder haben die gleichen Rechte und Pflichten. Diese ergeben sich aus dem Gesetz und dieser Satzung. Die Mitglieder sind insbesondere verpflichtet, den Verein bei der Durchführung seiner satzungsmäßigen Aufgaben zu unterstützen und seinen Zweck zu fördern.
- (2) Die Ausübung der mit der Mitgliedschaft verbundenen Rechte setzt die Erfüllung der Beitragspflicht voraus.

§ 6

Einnahmen, Beitragspflicht

- (1) Die Mitglieder zahlen Mitgliedsbeiträge gemäß einer separaten von der Mitgliederversammlung zu beschließenden Beitragsordnung, die jährlich durch Beschluss der Mitgliederversammlung angepasst werden kann.
- (2) Der Mitgliedsbeitrag ist jährlich zu zahlen und spätestens am 15. Februar fällig. Bei unterjährigem Eintritt in den Verein hat das neue Mitglied für die noch verbleibende Zeit des Geschäftsjahres den Beitrag anteilig zu entrichten.

§ 7

Organe

Organe des Vereins sind:

- (1) die Mitgliederversammlung (§ 8),
- (2) der Vorstand (§ 9).

Die Mitgliederversammlung kann die Bildung weiterer Organe beschließen.

§ 8

Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitglieder werden in der Mitgliederversammlung von ihren Organen oder von diesen dazu bevollmächtigten Vertretern vertreten. Mitglieder können sich durch schriftlich Bevollmächtigte in der Mitgliederversammlung vertreten lassen. Dritte können an der Mitgliederversammlung teilnehmen, wenn kein Mitglied widerspricht. Die Mitgliederversammlung kann sich eine Geschäftsordnung geben.
- (2) Jedes Mitglied hat eine Stimme.
- (3) Sitzungen der Mitgliederversammlung werden mindestens einmal im Geschäftsjahr und wenn das Interesse des Vereins dies erfordert oder wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder dies unter Angabe von Gründen schriftlich beim Vorstand beantragen, vom Vorstand einberufen.
- (4) Zu jeder Sitzung der Mitgliederversammlung lädt der Vorstand in Textform unter Angabe von Ort, Zeit der Versammlung sowie der Tagesordnung mit einer Frist von vier Wochen ein. In dringenden Fällen kann der Vorstand auch mit kürzerer Frist einladen.
- (5) Jedes Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor dem Tag der Versammlung schriftlich beim Vorstand beantragen, dass weitere Tagesordnungspunkte aufgenommen werden. Der Versammlungsleiter hat zu Beginn der Sitzung die Tagesordnung entsprechend zu ergänzen. Über Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung, die erst in der Mitgliederversammlung gestellt werden, beschließt die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit, soweit es sich nicht um Beschlüsse nach Abs. 9 handelt.
- (6) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstandsvorsitzenden bzw. im Verhinderungsfall von seinem Stellvertreter geleitet. Sind sowohl der Vorstandsvorsitzende als auch sein Stellvertreter verhindert, wählt die Mitgliederversammlung einen Versammlungsleiter.
- (7) Die Mitgliederversammlung entscheidet in allen Angelegenheiten des Vereins, sofern einzelne Angelegenheiten nicht anderen Organen durch diese Satzung übertragen sind. Die Mitgliederversammlung entscheidet insbesondere über folgende Angelegenheiten:
 - a) die Änderung der Satzung,
 - b) die Wahl, Überwachung, Entlastung und Abberufung des Vorstands sowie - - die Zustimmung zur Geschäftsordnung des Vorstands,
 - c) die Erteilung von Einzelvertretungsbefugnis und die Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB für Vorstandsmitglieder,

- d) über den Abschluss und die Änderung von Verträgen mit besonderer Bedeutung für den Verein; hierzu zählen insbesondere der Erwerb, die Veräußerung oder Belastung von Grundstücken oder Gebäuden sowie die Errichtung von Gebäuden,
 - e) den Erlass und die Änderung der Beitragsordnung ,
 - f) die Bestellung des Rechnungsprüfers,
 - g) die Auflösung des Vereins.
- (8) Die Mitgliederversammlung entscheidet durch Beschluss.
- (9) Beschlüsse sind bei ihrer Berufung ausdrücklich zu bezeichnen. Sie werden mit einfacher Stimmenmehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, sofern nicht im Folgenden etwas anderes bestimmt ist:
- a) In den Fällen der § 8 (7) lit. a) und g) ist eine Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen erforderlich.
 - b) Ist im Fall des § 8 (7) lit. a) die Satzungsänderung mit einer Änderung des Zwecks des Vereins verbunden, ist die Zustimmung aller Mitglieder erforderlich; die Zustimmung der nicht erschienenen Mitglieder muss hierzu schriftlich eingeholt werden.
- (10) Die Art der Abstimmung wird grundsätzlich vom Versammlungsleiter festgelegt. Auf Antrag von einem Drittel der anwesenden Mitglieder wird geheim/schriftlich abgestimmt. Stimmenthaltungen bleiben bei der Feststellung des Stimmverhältnisses außer Betracht. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
- (11) Für Wahlen gilt folgendes: Hat im ersten Wahlgang kein Kandidat die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht, findet eine Stichwahl zwischen den Kandidaten statt, die die beiden höchsten Stimmenzahlen erreicht haben.
- (12) Über den Verlauf der Sitzung ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift hat insbesondere den Ort und die Zeit der Versammlung, die Zahl der erschienenen Mitglieder, die Feststellung der satzungsmäßigen Einberufung, der Beschlussfähigkeit, den Ablauf, die gestellten Anträge und Beschlüsse festzuhalten. Sie ist vom Versammlungsleiter zu unterzeichnen und allen Mitgliedern innerhalb von zwei Wochen nach Ende der Sitzung zuzustellen.
- (13) Beschlüsse können auch außerhalb von Versammlungen gefasst werden, wenn kein Mitglied binnen Wochenfrist nach Zugang der Beschlussvorlage widerspricht. Ein außerhalb einer Versammlung gefasster Beschluss wird bei Erreichen der entsprechenden satzungsmäßigen oder

gesetzlichen Mehrheit wirksam. Sein Zustandekommen ist allen Mitgliedern unverzüglich bekannt zu geben. Satzungsänderungen und die Auflösung des Vereins können nicht im schriftlichen Verfahren beschlossen werden.

- (14) Die Vertreter der Mitglieder sind ehrenamtlich tätig. Aufwendungen, die durch die Wahrnehmung von Vertretungsaufgaben entstehen, trägt das jeweilige Mitglied.

§ 9

Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus mindestens drei Personen, dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden und dem Schatzmeister. Maximal können sieben Personen in den Vorstand bestellt werden.
- (2) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von drei Jahren bestellt. Bis zu einer Neuwahl bleibt der Vorstand im Amt. Erneute Bestellung ist möglich. Ein jederzeitiger Widerruf der Bestellung kann aus wichtigen Gründen erfolgen. Ein wichtiger Grund ist insbesondere eine grobe Pflichtverletzung oder die Unfähigkeit zur ordnungsmäßigen Geschäftsführung.
- (3) Jedes Vorstandsmitglied ist einzeln zu wählen. Wählbar sind nur gesetzliche Vertreter, Prokuristen oder leitende bzw. bevollmächtigte Angestellte der Mitglieder sowie Vereinsmitglieder selbst, soweit es sich um natürliche Personen handelt.
- (4) Scheidet ein Mitglied während der Amtszeit aus dem Vorstand aus, wird von der Mitgliederversammlung für die restliche Amtsdauer des ausgeschiedenen Vorstandsmitglieds ein Ersatzmitglied nachgewählt. Für die Nachwahl gelten die allgemeinen Vorschriften.
- (5) Jeweils zwei Mitglieder des Vorstands gemeinschaftlich oder ein durch Beschluss der Mitgliederversammlung zur Einzelvertretung berechtigtes Mitglied des Vorstands, vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich in allen Angelegenheiten, soweit diese nicht durch die Satzung anderen Organen zugewiesen sind.
- (6) Einzelnen Vorstandsmitgliedern kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung Einzelvertretungsbefugnis erteilt werden; sie können außerdem durch entsprechenden Beschluss von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit werden.
- (7) Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins gemäß dieser Satzung und den Beschlüssen der Mitgliederversammlung. Willenserklärungen, die den Verein vermögensrechtlich verpflichten, bedürfen der Schriftform.
- (8) Der Vorstand gibt sich innerhalb des ersten Geschäftsjahres eine Geschäftsordnung.

- (9) Der Vorstand entscheidet durch Beschluss. Er ist in seinen Sitzungen beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Vorstandsmitglieder, darunter der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende anwesend sind. Der Vorsitzende bzw. sein Stellvertreter leitet die Vorstandsversammlung.
- (10) Die Einladung erfolgt in Textform oder fernmündlich durch den Vorsitzenden oder bei dessen Verhinderung den stellvertretenden Vorsitzenden spätestens eine Woche vor der Sitzung. Der Mitteilung einer Tagesordnung bedarf es nicht.
- (11) Der Vorstand beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden oder bei dessen Abwesenheit die des stellvertretenden Vorsitzenden.
- (12) Vorstandsbeschlüsse können ohne Abhaltung einer Sitzung, insbesondere schriftlich, fernmündlich oder per Telefax gefasst werden, wenn alle Mitglieder sich mit der Form der Beschlussfassung einverstanden erklären und sich an der Abstimmung beteiligen.
- (13) Beschlüsse des Vorstands sind zu Beweis Zwecken in ein Beschlussbuch einzutragen und vom Sitzungsleiter zu unterschreiben. Die Niederschrift soll Ort und Zeit der Vorstandssitzung, die Namen der Teilnehmer, die gefassten Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis enthalten.
- (14) Abweichend zu § 8 Absatz 7 lit. a) ist der Vorstand ermächtigt, Änderungen oder Ergänzungen der Satzung vorzunehmen, von denen das Registergericht die Eintragung des Vereins abhängig macht. Dies gilt nicht, wenn es sich um wesentliche Änderungen oder Ergänzungen, wie z.B. den Vereinszweck oder Mehrheitserfordernisse handelt.

§ 10

Rechnungsprüfung

- (1) Der Verein hat bis zu zwei Rechnungsprüfer, die jährlich von der Mitgliederversammlung gewählt werden. Rechnungsprüfer dürfen nicht dem Vorstand angehören.
- (2) Die Rechnungsprüfer prüfen die Jahresabrechnung des Vorstandes und nehmen zu seiner Entlastung Stellung.

§ 11

Verschwiegenheitspflicht

- (1) Die Vereinsmitglieder, ihre Vertreter in der Mitgliederversammlung, sowie die Mitglieder des

Vorstands haben über die ihnen aufgrund ihrer Tätigkeit für den Verein zur Kenntnis gelangten Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse Stillschweigen zu bewahren.

- (2) Die Verschwiegenheitspflicht besteht auch nach Beendigung der Tätigkeit für den Verein fort.

§ 12

Auflösung des Vereins und Anfallberechtigung

- (1) Die Auflösung des Vereins erfolgt durch Beschluss der Mitgliederversammlung gemäß § 8 (7) lit. g).
- (2) Sofern die Mitgliederversammlung nichts anderes bestimmt, sind der Vorstandsvorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren. Dies gilt entsprechend für den Fall, dass der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert.
- (3) Es gilt § 45 Abs. 3 BGB.

§ 13

Inkrafttreten

Die in der Gründungsversammlung am 27. Januar 2014 beschlossene Satzung tritt mit der Eintragung in das Vereinsregister in Kraft. Die vorliegende Satzung wurde am 16. November 2017 beschlossen und ist mit der Eintragung im Vereinsregister rechtskräftig.

Beitragsordnung ab 16. November 2017

(gültig bis 31. Dezember 2018)

Die Mitgliederversammlung des BTS Bahntechnik Sachsen e. V. hat am 16. November 2017 gemäß § 6 (1) der Satzung beschlossen, an der seit 28. November 2014 geltenden Beitragsordnung festzuhalten. Entsprechend gelten weiterhin folgende Konditionen für die Mitgliedschaft:

1. Für eine Firmenmitgliedschaft gilt eine an das jeweilige Mitglied gerichtete Empfehlung, sich in einer mitarbeiterzahlbezogenen Beitragsstaffelung selbst einzuordnen.

Für Unternehmen mit einer Mitarbeiterzahl von

- bis zu 10 wird ein Beitrag von 500 EUR p. a.
- 11 bis 50 wird ein Beitrag von 950 EUR p. a.
- 51 bis 150 wird ein Beitrag von 1.250 EUR p. a.
- 151 bis 250 wird ein Beitrag von 1.500 EUR p. a.
- über 250 wird ein Beitrag von 3.000 EUR p. a.

festgesetzt.

2. Abweichend zur Firmenmitgliedschaft beträgt der Mitgliedsbeitrag
 - für Professuren an Hochschulen 500 € p. a.
 - für natürliche Personen 900 € p. a.
3. Ehrenmitglieder und korrespondierende Mitglieder sind beitragsfrei.
4. Bezüglich der Beitragspflicht gilt § 6 der Satzung.

Die am 28. November 2014 in Kraft getretene Beitragsordnung wird beibehalten.

Beitragsordnung ab 01. Januar 2019

Die Mitgliederversammlung des BTS Bahntechnik Sachsen e. V. hat am 26. September 2018 gemäß § 6 (1) der Satzung folgende Beitragsordnung beschlossen, die ab dem 1. Januar 2019 in Kraft tritt:

1. Für eine Firmenmitgliedschaft gilt eine an das jeweilige Mitglied gerichtete Empfehlung, sich in einer mitarbeiterzahlbezogenen Beitragsstaffelung selbst einzuordnen.

Für Unternehmen mit einer Mitarbeiterzahl von

- bis zu 10 wird ein Beitrag von 600 EUR p. a.
- 11 bis 50 wird ein Beitrag von 1.140 EUR p. a.
- 51 bis 150 wird ein Beitrag von 1.500 EUR p. a.
- 151 bis 250 wird ein Beitrag von 1.800 EUR p. a.
- über 250 wird ein Beitrag von 3.600 EUR p. a.

festgesetzt.

2. Abweichend zur Firmenmitgliedschaft beträgt der Mitgliedsbeitrag
 - für Professuren an Hochschulen 600 € p. a.
 - für öffentlich-grundfinanzierte Forschungsinstitute 1.140 € p.a.
 - für natürliche Personen 1.080€ p. a.
3. Ehrenmitglieder und korrespondierende Mitglieder sind beitragsfrei.
4. Bezüglich der Beitragspflicht gilt § 6 der Satzung.

Datenschutzinformation gemäß Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) für Mitglieder des Bahntechnik Sachsen e.V. (im Folgenden „BTS“), deren Bevollmächtigte und Ansprechpartner (im Folgenden „Kontaktpersonen“)

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir informieren Sie nachstehend gemäß Art. 13 DS-GVO über die Verarbeitung Ihrer Daten.

1. Identität des Verantwortlichen

Bahntechnik Sachsen e.V., Kramergasse 4, 01067 Dresden, Deutschland

2. Datenkategorien

Wir erheben und verarbeiten folgende personenbezogene Daten von Kontaktpersonen: Anrede, Vorname, Nachname, akademischer Grad, Position, Branche, gültige (geschäftliche) E-Mail-Adresse, (geschäftliche) Anschrift, (geschäftliche) Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk), (geschäftliche) Faxnummer, Steuerdaten (Steuer-Nr., Steuer-ID-Nr., Umsatzsteuer-ID-Nr.), Teilnahmedaten von Veranstaltungen, Fotos

3. Verarbeitungszwecke und Rechtsgrundlage; automatisierte Entscheidungsfindung

a) Wir erheben und verarbeiten Ihre Daten zum Zweck der Vertragsdurchführung und zur Erfüllung unserer vertraglichen und vorvertraglichen Pflichten (Rechtsgrundlage Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DS-GVO), insbesondere

- um Kontaktpersonen identifizieren zu können;
- um dem Vereinszweck angemessen umzusetzen;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Durchführung und Planung von Veranstaltungen im Rahmen des Vereinszwecks (Einladungsmanagement)
- zur Bereitstellung von branchenspezifischen Informationen und Marketingmaterial, z.B. IZBE-Bahnpresse
- zur Förderantragsstellung
- für internationalem Kooperationsaufbau

Die Datenverarbeitung ist zu den genannten Zwecken im Rahmen der Vereinstätigkeit erforderlich.

b) Daneben erheben wir Ihre Daten im Rahmen der Interessenabwägung (Rechtsgrundlage Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO), u.a. zur

- Werbung oder Markt- und Meinungsforschung, soweit Sie der Nutzung Ihrer Daten nicht widersprochen haben,
- Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT- Betriebs unseres Unternehmens.

c) Wir verarbeiten weiterhin Ihre Daten aufgrund Ihrer Einwilligung (Rechtsgrundlage Art. 6 Abs. 1 a DS-GVO), soweit Sie uns eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke (z.B. Weitergabe von Daten im BTS-Netzwerk, Veröffentlichung in BTS-Informationsmedien, Newsletterversand) erteilt haben. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden (s.u. Abschnitt *Rechte der betroffenen Person*).

d) Schließlich verarbeiten wir Ihre Daten auch aufgrund gesetzlicher Vorgaben (Rechtsgrundlage Art. 6 Abs. 1 c DS-GVO) oder im öffentlichen Interesse (Art. 6 Abs. 1 e DS-GVO)

Eine automatisierte Entscheidungsfindung findet nicht statt.

4. Empfänger

a) Ihre Daten werden an verschiedene Empfänger innerhalb unserer Vereinsgeschäftsstelle zur Bearbeitung im Rahmen des Vereinszwecks weitergeleitet, u.a. Projektmanager und -koordinatoren, Sekretariat, Finanzbuchhaltung.

b) Ihre Daten werden auch an Empfänger außerhalb unseres Vereins weitergeleitet, mit denen Auftragsverarbeitungsvereinbarungen entsprechend Art. 28 DS-GVO abgeschlossen wurden, nämlich: Kommunikationsagentur, Aktenvernichter, Mailchimp (CRM-Dienstleister), eureos corporate finance gmbh.

c) Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DS-GVO für die Abwicklung von Mitgliedsverhältnissen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Cluster-Kooperationspartner innerhalb der EU. Weiterhin werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte mit Sitz außerhalb der europäischen Union weitergegeben. Dies betrifft Datenspeicherung in Google Drive und Mailchimp.

5. Dauer der Speicherung

Die für den Vereinszweck relevanten von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden für die Dauer der Interaktivität und bis zu fünf Jahre nach der letzten Interaktivität mit der betreffenden Person gespeichert und dann gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DS-GVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüberhinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DS-GVO eingewilligt haben.

6. Pflicht zur Bereitstellung von Daten

Im Rahmen unserer Mitgliedsbeziehung müssen Sie diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Aufnahme, Durchführung und Beendigung einer Mitgliedsbeziehung und zur Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten werden wir in der Regel nicht in der Lage sein, einen Mitgliedsvertrag mit Ihnen zu schließen, diesen auszuführen und zu beenden.

7. Rechte der betroffenen Person

Jede betroffene Person hat das Recht auf Auskunft nach Artikel 15 DS-GVO, das Recht auf Berichtigung nach Artikel 16 DS-GVO, das Recht auf Löschung nach Artikel 17 DS-GVO, das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DS-GVO, das Recht auf Widerspruch aus Artikel 21 DS-GVO sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit aus Artikel 20 DS-GVO. Beim Auskunftsrecht und beim Löschungsrecht gelten die Einschränkungen nach §§ 34 und 35 BDSG.

Eine erteilte Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten können Sie jederzeit uns gegenüber widerrufen. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die vor der Geltung der DS-GVO, also vor dem 25. Mai 2018, uns gegenüber erteilt worden sind. Bitte beachten Sie, dass der Widerruf erst für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht bei einer zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde (Artikel 77 DS-GVO i.V.m. § 19 BDSG). In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden; letztere ist zu erreichen unter

Der Sächsische Datenschutzbeauftragte
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Telefon: 0351/493-5401
Internet: www.datenschutz.sachsen.de

Telefax: 0351/493-5490
Email: saechsdsb@slt.sachsen.de

Information über Ihr Widerspruchsrecht nach Art. 21 DS-GVO

Soweit die Datenverarbeitung auf Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e DS-GVO oder Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f DS-GVO beruht, können Sie bei uns jederzeit der Verwendung Ihrer Daten widersprechen (Art. 14 Abs. 2 Buchstabe c in Verbindung mit Art. 21 DS-GVO). Der Widerspruch kann formfrei erfolgen. Sie erleichtern uns die schnelle Bearbeitung eines Widerspruchs, wenn Sie unsere Mail-Adresse info@bts-sachsen.de verwenden mit dem Betreff „Widerspruch“ unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Adresse.

Hinsichtlich der Rechtsfolgen Ihres Widerspruchs ist zu differenzieren:

- Widersprechen Sie aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende berechtigte Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
- Widersprechen Sie der Verarbeitung für Zwecke der Direktwerbung, so werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeiten.